

V0424/21

Überprüfung von KW-Stellen für den Stellenplan 2022
(Referent: Bernd Kuch)

Stadtrat vom 22.06.2021

Herr Kuch betont, dass es sich hier um Stellen von Beschäftigten der Stadtverwaltung handelt. Die heutige Entscheidung betreffe Menschen, welche bei der Stadtverwaltung beschäftigt seien. Herr Kuch erläutert die Vorlage und geht dabei auf die drei Bereiche der Prüfung ein.

Eine vorausschauende Personalpolitik ist nach den Worten von Oberbürgermeister Dr. Scharpf wichtig. Insofern müsse schon jetzt an die Beschäftigten gedacht werden, damit diese nach dem Wegfall des KW-Vermerks weiterhin Arbeit hätten. Die Personalplanung müsse so organisiert werden, dass die Beschäftigten in anderen, freiwerdenden Bereichen eingeplant werden könnten.

Stadträtin Klein spricht sich positiv für die Verschiebung des Stellenplans aus. Ihres Erachtens könne somit mit verlässlicheren Daten im Hinblick auf den Haushalt entschieden werden. Weiter zeigt sie sich erfreut über die ausführliche Beschlussvorlage. Stadträtin Klein stellt einen Änderungsantrag im Namen der CSU-Stadtratsfraktion, der FW-Stadtratsfraktion und der Ausschussgemeinschaft FDP/JU. Sie beantragt die in der Vorlage zur Verlängerung aufgeführten KW-Stellen sowie die Stellen, bei denen der Wegfall des KW Vermerkes vorgeschlagen ist und die regulär zum 31.12.2021 auslaufen würden, um ein Jahr zu verlängern. Ebenso sollten die Stellen bei denen der Wegfall des KW-Vermerks beantragt sei, auch um ein Jahr verlängert werden. Hintergrund sei eine andere Entscheidungsgrundlage im Oktober. Dem Vollzug könne man zustimmen, so Stadträtin Klein. Wichtig sei jetzt, Verlässlichkeit für die Stellen zu schaffen, welche zum Jahresende auslaufen. Zumutbar sei über die Stellen zu entscheiden, welche zum Jahresende 2022, oder noch später erst in Frage stehen.

An Herrn Kuch gewandt sagte Stadtrat Werner, die SPD-Stadtratsfraktion sei von der aussagekräftigen Beschlussvorlage begeistert. Er verstehe aber den Änderungsantrag nicht. Die Beschäftigten könnten und dürften nicht ein weiteres Jahr vertröstet werden. Dies sei seines Erachtens eine Personalpolitik nach Kassenlage. Es sei nicht vertretbar und auch gegenüber den fleißigen Mitarbeitern nicht zu verantworten. Er betone, dass die SPD-Stadtratsfraktion dem Änderungsantrag nicht zustimmen werde. Bei neuen Stellen für nächstes Jahr sei jede einzelne ordentlich begründet. Wenn diese Stellen nicht geschaffen würden, könnten viele Aufgaben nicht mehr erledigt werden. Die SPD-Stadtratsfraktion werde ihre Personalpolitik nach den Aufgaben ausrichten, welche erledigt werden müssen, mit einer größtmöglichen Qualität im Interesse der Bürger. Das Argument, dass die SPD-Stadtratsfraktion die Verwaltung aufblähen wolle, zähle nicht. Die Verwaltung werde nicht etwa durch die Einstellung einer Kindergärtnerin aufgebläht. Dies sei in keiner Weise der Fall. Trotzdem habe man der CSU-Stadtratsfraktion die Hand gereicht und die Beschlussfassung des Stellenplans auf den Herbst verschoben. Stadtrat Werner erhoffe sich dadurch mehr Klarheit im Hinblick auf die Bilanzsituation. Was die KW-Stellen betreffe, bitte

er um ein Einsehen im Hinblick auf die Situation der betroffenen Beschäftigten. Ein weiteres Jahr „in der Warteschleife“ sei keine Personalpolitik. Die SPD-Stadtratsfraktion sichere ihre Zustimmung zu, da diese von der genauen Prüfung überzeugt sei.

Stadträtin Bulling-Schröter verweist auf das „Händereichen“ der Fraktionen und die Berichterstattung in den Medien. Sie sei von vielen Leuten auf das „Runtersparen“ der Belegschaft und das Unwohlbefinden angesprochen worden. Alleine dass es den Leuten wieder besser gehe, sei ein Grund zur Änderung. Auch im Hinblick auf den Bürger, damit die Erreichbarkeit in der Stadtverwaltung gewährleistet sei, sichere sie ihre Zustimmung zu. Stadträtin Bulling-Schröter stellt den Antrag, über die einzelnen Antragsziffern getrennt abzustimmen. Sie verweist auf die Ziffer drei und den Wegfall der Planstellen. Dies finde sie sehr schade, da unter Umständen gute Kollegen dabei sein könnten. Zu Beginn der Legislatur sei im Stadtrat über die Fluktuation in der Stadtverwaltung diskutiert worden. Dabei verweise sie auch auf die Beschäftigten, welche in Rente gingen. Hier brauche man wieder gute Fachkräfte. Über die weiteren Jahre möchte sie noch nicht abstimmen.

Die JU-Stadtratstruppe halte eine Verschiebung des Stellenplans in den Herbst für richtig, so Stadtrat Dr. Meyer. Im Herbst habe man bessere und solidere Aussichten im Hinblick auf die Einnahmen und Ausgaben. Die gleiche Begründung gelte auch für die KW-Stellen. An Stadtrat Werner gewandt sagte er, es sollten keine Stellen gestrichen werden. Es gehe lediglich um größere Planungssicherheit. An Stadträtin Bulling-Schröter gewandt sagte er, es habe nichts mit Nettigkeit zu tun, wenn sich die politischen Parteien auf diesem Wege einigten. Es gehe um eine sachliche Einsicht. Es sei klar, dass man bei einer Personalpolitik strategisch nach vorne schauen solle. Dass Haushalt nach Kassenpolitik gemacht werde sei klar, wenn der Personalhaushalt des kompletten Haushalts der Stadt vierzig Prozent ausmache. Auch das Thema Nachhaltigkeit gehöre dazu. Weiter spricht er das Thema Streitkultur an und zitiert dabei den Bundespräsidenten. An Oberbürgermeister Dr. Scharpf gewandt sagt er, er habe er in den letzten Wochen den Mut zu unpopulären Sparentscheidungen vermisst, stattdessen sei nach Steuererhöhungen gerufen worden. Vor allem vermisse er aber die Gelassenheit und die Kritik an der Amtsführung des Oberbürgermeisters. Er betont, dass dies kein Angriff auf seine Person sein solle. Es sei ein Appell und ein Aufruf zu einer konsequenten Aufgabenwahrnehmung. Die Gelassenheit vermisse er, wenn der Oberbürgermeister die Energie und die Zeit eher ins Nachtarocken stecke und ins Recherchieren von haushaltspolitischen Entscheidungen von vor zwanzig Jahren. Stadtrat Dr. Meyer bemängelt, dass sich engste Mitarbeiter des Oberbürgermeisters mit Selbstrechtfertigung befassen, statt die dringlichen Aufgaben anzugehen. Dabei verweist er auf die Ausführungen auf Facebook eines Stabsmitarbeiters des Oberbürgermeisters. Seines Erachtens grenze das Ganze schon an Hetze und sei inhaltlich aus seiner Sicht extremer Unfug. Er betont, dass eine harte Sachdebatte erforderlich sei, denn wenn nichts mehr kritisiert werden dürfe, dann komme man dazu, dass man verstumme und nur noch Extremisten höre. Das Wahlkampfgetöse, welches der Oberbürgermeister hinsichtlich der Pressemitteilung kritisiert habe, wünsche er bei ihm und seinem Team einzustellen. Weiter verweist Stadtrat Dr. Meyer auf die Verantwortlichkeit im Hinblick auf die Konsolidierung. Er schätze, dass Oberbürgermeister Dr. Scharpf auch alle kleineren Gruppierungen mitnehme. Es brauche aber eine Entscheidung im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung. Hier sei man nicht weiter als vor einem halben Jahr. Stadtrat Dr. Meyer erläutert, warum ihm das zu kurz komme. Im Konsolidierungsrat seien Vorschläge präsentiert worden, welche in der Summe völlig unzureichend und auch unabgestimmt gewesen seien. Dabei verweist er auf die Gebührenerhöhung bei Parkautomaten, nachdem die Parkgebührensenkung beschlossen worden sei, die Gebührenerhöhung für die Gastronomie in der jetzigen Zeit und die höheren Friedhofsgebühren. Der Vorwurf, dass seitens der Fraktionen und

Gruppierungen keine Vorschläge gekommen seien, sei völlig falsch. Zu allen strittigen Themen der letzten Monate seien konstruktive Gegenvorschläge gemacht worden. Diese seien nach seinen Worten nicht beachtet worden. Stadtrat Dr. Meyer erinnert auch an den Austausch vor der Haushaltssitzung 2020. Hier habe man einen gewissen Konsens gehabt, auch die städtischen Töchter bei der Konsolidierung mit in die Pflicht zu nehmen. Weiter verweist er auf die Ostumgehung Etting als exemplarischen Punkt. Bis jetzt sei nichts bekannt, was sinnvoll sei. An Oberbürgermeister Dr. Scharpf gewandt erläutert er anhand eines Beispiels aus der Feuerwehr, dass der Oberbürgermeister der Vorstand einer aktiven Mannschaft sei und die Gesamtverantwortung trage. Den Brand lösche allerdings die aktive Mannschaft. Der Oberbürgermeister müsse aber sagen, wie dieser zu löschen sei. Der Stadtrat könne nicht in die Details hineinschauen und wisse auch nicht, welches Löschmittel das Beste sei. Sein Appell sei die Einhaltung der vom Stadtrat beschlossenen Sparziele. Dies sei der Auftrag an die Verwaltung. Er fordere, dass im Konsolidierungsrat solide nachvollziehbare Maßnahmenvorschläge ohne Zusatzbelastung für die Bürger unterbreitet würden. Man habe hier schon zu viel Zeit verloren. Er bittet Oberbürgermeister Dr. Scharpf, dies jetzt anzupacken.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf betont, dass dieser Punkt KW-Stellen lautet. Er weist darauf hin, dass Stadtrat Dr. Meyer diesen Punkt extrem ausgeweitet habe. Trotzdem habe er ihn sprechen lassen. Da er aber seitens Stadtrat Dr. Meyer persönlich angesprochen worden sei, gehe er darauf ein. Er informiert, dass sich der Konsolidierungsrat mit den Vorschlägen der Verwaltung auseinandergesetzt habe. Hierbei handelte es sich um eine breite Palette von Vorschlägen aus allen Referaten. In der Sitzung sei man so verblieben, diese zu begutachten und in der nächsten Sitzung konkreter darauf einzugehen. Zum Thema Aufgabenkritik merkt Oberbürgermeister Dr. Scharpf an, dass die Stelle der Leitung des Orga-Amtes ein halbes Jahr nicht besetzt gewesen sei. Insofern sollten dieses Thema und die Prozessoptimierung im Herbst genau betrachtet werden. Im Konsolidierungsrat habe man sich einvernehmlich auf das weitere Prozedere verständigt. Die erste Sitzung sei inhaltlicher Art und die nächste Sitzung im Juli beschäftige sich mit den Details. Somit nähere man sich einer Entscheidung, sodass dann eine Vorlage im Stadtrat Ende Juli erfolgen könne. Oberbürgermeister Dr. Scharpf bemängelt, dass nach zwei Tagen seitens der JU-Stadtratsgruppe eine Pressemitteilung mit der Aussage erfolgt sei, dass die Vorschläge auf Steuererhöhungen basierten. Dies sei absolut unzutreffend. Es handle sich nicht um Vorschläge des Oberbürgermeisters, sondern um eine Sammlung aus der Verwaltung. Er weist die Anschuldigungen von „Taschenspielertricks“ erheblich zurück. Man habe sich auf ein Prozedere geeinigt und habe mit der Diskussion noch nicht begonnen, aber dann erfolgte seitens Stadtrat Dr. Meyer diese Pressemitteilung. Er habe dies als unmöglich und völlig daneben empfunden. An Stadtrat Dr. Meyer gewandt merkt er an, dass er die Gelassenheit in Person sei. Dass er nachtarocke, sei völlig klar, denn er wehre sich gegen diesen persönlichen Angriff. Weiter verweist Oberbürgermeister Dr. Scharpf auf die letzte Konsolidierung in diesem Stadtrat. Hierbei habe es sich zu über achtzig Prozent um Steuererhöhungen gehandelt. Oberbürgermeister Dr. Scharpf merkt an, dass er dies höchstpersönlich recherchiert habe. An Stadtrat Dr. Meyer gewandt regt er an, selbst Anträge zu stellen, welche Einsparpotential hätten. Das Thema Ostumgehung Etting sei völlig unstrittig. Dies sei im Dezember bereits besprochen worden.

Stadträtin Leininger zeigt sich verwundert, dass Stadtrat Dr. Meyer hier die Streitkultur anmahne, aber gleichzeitig mit einem Frontalvorwurf komme. Solche Begriffe wie „Taschenspielertricks“ trügen zur Politikverdrossenheit bei. Dies schade der Politik gewaltig. Solche Aussagen würden seitens der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nie erfolgen. Heute sei aus sachlicher Einsicht gesagt worden, dass es sinnvoll sei, erst im Oktober über den Stellenplan zu diskutieren. Für die Argumente habe man sich offen

gezeigt. Dem Zusatzantrag der CSU-Stadtratsfraktion stimme die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht zu.

Stadträtin Klein zeigt sich enttäuscht über die Art der Diskussion. Sie sei der Meinung, dass die KW-Stellen, die erst 2023 / 2024 enden, jetzt noch nicht verlängert werden müssten, sondern die Entscheidung auch im Oktober ausreichend sei. Es gehe vor allem darum, dass ein KW-Vermerk bei einer Stelle sich auf die Stelle beziehe und nicht auf den Arbeitsvertrag der Person, die auf dieser Stelle tätig sei, betont Stadträtin Klein. Es sei nicht die Rede davon, ob die Stadt Ingolstadt sich verschulden müsse, um Investitionen zu tätigen, sondern ob überhaupt durch die laufenden Einnahmen die laufenden Ausgaben gedeckt seien oder ob man Ersparnisse verwenden müsse, um laufende Ausgaben zu decken, weshalb auch beim Stellenplan auf die Kosten geachtet werden solle. Deshalb sei es sehr wichtig, möglichst schnell in die Aufgabenkritik und in die Prozessoptimierung zu kommen, denn es solle nun schon dem zweiten Stellenplan zugestimmt werden, obwohl nichts über die Prozessoptimierung und Aufgabenkritik bekannt sei. Stadträtin Klein geht auf den Vorwurf ein, dass kaputtgespart worden sei. Dies könne sie allerdings nicht bestätigen, denn es sei jedes Jahr Personalmehrung beschlossen worden und dieses Jahr sei man sogar bei über 11 Prozent und deshalb sei es nur ein Vorschlag gewesen, im Juni nur die dringenden Stellen zu beschließen und den Rest in den Oktober zu schieben. Stadträtin Klein bemängelt, dass es nicht in Ordnung sei, einen Vorschlag negativ auszulegen. Sie erläutert die Situation im Jahr 2004, dass die Stadt Ingolstadt verschuldet gewesen sei, dennoch sei es eine andere Ausgangssituation gewesen als heute, deshalb sei es wichtig, kein Denkverbot zu geben, sondern über Einsparpotential zu diskutieren. Stadträtin Klein hebt hervor, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung großartige Leistung brächten, der Stadtrat aber trotzdem den Stellenplan kritisch sehen müsse.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf erklärt, dass es um Menschen gehe, die bereits eine Stelle hätten. Die Neuschaffung der Stellen sei für den September geplant, bis dahin werde man die Finanzlage betrachten.

Stadtrat De Lapuente erläutert, dass Stadtrat Werner letzte Woche im Personalausschuss den Vorschlag gemacht habe, den Personalhaushalt um 15 % zu reduzieren. Dieser Vorschlag sei eingearbeitet und im Ältestenrat diskutiert worden. Er habe dennoch die Hoffnung, dass die Finanzlage im September so gut sei, dass der Vorschlag von Stadtrat Werner nicht notwendig sei und man den Antrag zurückziehen könne. Die Verwaltung müsse optimal ausgestattet sein, um gut arbeiten zu können. Er sei dennoch der Meinung, dass die KW-Stellen, bei denen aktuell schon Menschen beschäftigt seien, Sicherheit bekommen sollten. Stadtrat De Lapuente spricht sich für die besprochene Vorgehensweise im Ältestenrat aus. Insofern werde er dem Antrag von Stadträtin Klein nicht zustimmen. Stadtrat Schäuble spricht sich dafür aus die KW-Stellen nicht abzusetzen, denn für alle auslaufenden Verträge sei es nicht fair, erst in einer Herbstsitzung über das weitere Vorgehen zu entscheiden. Es sei ihm sehr wichtig, dass die Mitarbeiter der Stadtverwaltung frühzeitig informiert werden, wie es mit den Verträgen weitergehe und dies auch in dem neuen Prozess so gehandhabt werde, dass Planungssicherheit bestehe, denn die Stadt Ingolstadt müsse ein guter und fairer Arbeitgeber sein. Allerdings halte er es nicht für zwingend notwendig, über die Stellen, die nächstes / übernächstes Jahr ablaufen werden, zu entscheiden. Die KW-Stellen sollen nur im Beschlussjahr bestätigt oder zurückgezogen werden.

Stadtrat Witty möchte von Stadtrat Dr. Meyer wissen, wie die Kassenlage sein solle, damit auch er dem Stellenplan zustimme. Diese Frage könne Stadtrat Dr. Meyer auch gerne wann anders beantworten.

Stadträtin Kürten appelliert, über die Redezeiten nachzudenken, denn der Stadtrat sei keine Bühne, um einen Vortrag zu halten oder mit Zitaten zu belehren. Sie ist der Ansicht, dass es sinnvoll sei, dass nur die Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat diskutieren.

Stadtrat Höbusch merkt an, dass die Überprüfung des Wegfalles der KW-Vermerke Auftrag des Stadtrates nicht nur für das nächste Jahr, sondern auch für die folgenden Jahre sei.

Stadtrat Stachel halte es für richtig, darüber nachzudenken, ob die KW-Stellen nur um ein Jahr verlängert werden sollen. Der aktuelle Stand werde nicht verändert, denn kein Mitarbeiter werde dadurch seinen Arbeitsplatz verlieren und es würden auch keine neuen Stellen geschaffen.

Stadtrat Lange beschreibt die Anmerkung des Referenten auf Seite 3 der Beschlussvorlage. Er sei der Meinung, dass man genau das von Herrn Kuch erwarten würde und er schon von 54,5 Stellen auf 17,5 reduziert habe. Stadtrat Lange sagt, dass hinter jeder Stelle mit KW-Vermerk ein Mitarbeiter der Stadtverwaltung stehe und ihn das an die letzte Wahlperiode erinnere, bei der sehr oft über die Krisen von Mitarbeitern der Verwaltung gesprochen worden sei. Für diese Stellen sei ein Bedarf da und deshalb hält Stadtrat Lange es für richtig, bei diesen 17,5 Stellen den KW-Vermerk wegfällen zu lassen. Der Änderungsantrag sei deshalb für ihn nicht vertretbar, denn die Mitarbeiter befänden sich teilweise schon seit 7 Jahren auf diesen KW-Vermerk-Stellen. Um bei dem Bild von Dr. Meyer zu bleiben, merkt Stadtrat Lange an, dass, wenn der Stadtrat die Freiwillige Feuerwehr und der Kommandant der Oberbürgermeister sei, die Mitarbeiter die Berufsfeuerwehr seien. Mit diesen müsse anders umgegangen werden.

Stadtrat Köstler teilt die Meinung von Stadtrat Lange und fügt hinzu, dass es zum Thema Nachhaltigkeit immer drei Aspekte gebe. Einer davon sei der soziale Aspekt und hinsichtlich dessen müsse den Mitarbeitern eine gewisse Sicherheit gegeben werden.

Stadtrat Werner weist darauf hin, dass Fakten basierte Kritik und Gegenanträge erwünscht seien, doch das sei der Antrag der CSU-Fraktion nicht gewesen. Die Meinung von Stadträtin Klein teilt Stadtrat Werner nicht, denn ein Großteil der Betroffenen habe einen befristeten Arbeitsvertrag und wolle daher wissen, wie es mit ihren Stellen weitergehe. So werde man keine hochqualifizierten Mitarbeiter halten können. Stadtrat Werner verweist im Hinblick auf das Bauprogramm auf die damalige Personalsituation. Hier hätte bereits zusätzliches Personal eingestellt werden müssen.

Stadtrat Stachel sei der Ansicht, dass es nicht reichen werde, eine Stelle im Bauamt zu schaffen, um dann ein paar Millionen Euro Bauvolumen abarbeiten zu können. Dennoch gebe es keinen Auftrag, der nicht erledigt worden sei, denn die Stadt habe in der Vergangenheit Planungen nach außen verlagert, die man selbst nicht geschafft habe.

Stadträtin Klein stellt den Antrag auf getrennte Abstimmung.

Sodann ergeht folgende Beschlussfassung:

Abstimmung über den Änderungsantrag der CSU-Stadtratsfraktion, der FW-Stadtratsfraktion und der Ausschussgemeinschaft FDP/JU:

Der Antrag wird mehrheitlich **abgelehnt**.

Abstimmung über die Beschlussvorlage der Verwaltung **V0424/21**:

Mehrheitlich genehmigt:

1. Der vom Personalreferenten befürwortete Wegfall des KW-Vermerks bei 17,5 Planstellen (VZÄ) sowie die Verlängerung des KW-Vermerks bei 18,0 Planstellen (VZÄ) in den Kategorien I und II werden lt. Vorschlag der Organisations- und Personalentwicklung (siehe Anlage 1) umgesetzt.

Mehrheitlich genehmigt:

2. Der von den Fachreferenten befürwortete Wegfall des KW-Vermerks bei 1,5 Planstellen (VZÄ) sowie die Verlängerung des KW-Vermerks bei 11,0 Planstellen (VZÄ) in den Kategorien III und IV werden lt. Vorschlag der Organisations- und Personalentwicklung (siehe Anlage 2) umgesetzt.

Gegen 2 Stimmen (Stadträtin Bulling-Schröter, Stadtrat Pauling):

3. Bei den von der Organisations- und Personalentwicklung zum Vollzug des KW-Vermerks vorgeschlagenen 66,0 Planstellen (VZÄ, siehe Anlage 3) erfolgt der Vollzug der KW-Stelle zum jeweiligen Fälligkeitsjahr oder bei vorzeitigem Entfall des KW-Grundes. Eine Verlängerung oder ein Wegfall dieser Vermerke kann jeweils nur im Fälligkeitsjahr und nur bei veränderten Rahmenbedingungen (z.B. verlängerte Projektlaufzeit) beantragt werden. Eine inhaltliche Umwidmung der KW-Stelle ist nicht möglich.